

Demokratisierung der Ökonomie – demokratiethoretische Voraussetzungen und praktische Ansätze

(Arbeitstitel)

Abstract für eine Teilnahme am Kongress „Momentum12: Demokratie“

Track #7: Demokratie und Ökonomie“, 27.-30.September 2012, Hallstatt (A)

Lehner Lukas

lukas.lehner1@gmx.at

Mag. Lehner Daniel, MA

lehner@ihs.ac.at

1. Einleitung

Gemeinhin – und dies gilt insbesondere für Stellungnahmen zur Finanz- und Wirtschaftskrise – wird das Verhältnis von Politik und Ökonomie so bestimmt, dass Veränderungen letzterer als Ausgangspunkte dienen, um danach bestimmen oder diskutieren zu können, welche Auswirkungen dies auf die Verfasstheit eines politischen „Gemeinwesens“ habe bzw. worin die adäquate politische Antwort auf ökonomische Verwerfungen und Krisensymptome zu bestehen hätte. Die staatlich vermittelte Dynamik kapitalistischer Ökonomie gebe den Rhythmus und die Inhalte politischer Themensetzung vor, wobei die hegemoniale, politische Erzählung sich immer noch aus denselben neoliberalen Versatzstücken zusammensetzt wie vor 2008: Aktuelle Politiken bestehen nach wie vor weitgehend in der Legitimation und Durchsetzung sich angeblich selbst aufdrängender Entscheidungen, in der legislativen Anpassung an so genannte Notwendigkeiten des Weltmarkts und in der „ausgewogenen“ Verteilung der Kosten und des Profits dieser Anpassung innerhalb der Strukturen „nationaler Wettbewerbsstaatlichkeit“ (Hirsch 2002: 84ff.).

Von Demokratie ist innerhalb dieser Konstellation weder die Rede, noch erscheint sie als Bezugspunkt jener vereinzelt Stellungnahmen, die für eine erneuerte Autonomie des Politischen gegenüber dem Ökonomischen plädieren. Stattdessen können wir aktuell eine autoritäre Verdichtung in der europäischen „Krisenlösungsagenda“ beobachten, die mit dem Fiskalpaket eine sozialfeindliche Sparpolitik in den Verfassungen festschreiben lassen will (vgl. Oberndorfer 2012; Demirović/Sablowski 2012). Die Parlamente, als die zentralen Institutionen bürgerlicher Demokratie, sollen nachträglich die Entscheidungen des herrschenden ökonomischen Blocks legitimieren und durchsetzen, womit sich gleichzeitig die Reichweite möglicher eigener, zukünftiger Entscheidungen einschränken (u.a. „Schuldenbremse“). Mit einer demokratisch-parlamentarischen Willensbildung, die das Prinzip der (europäischen) Volkssouveränität noch ernst nehme, hat dies nichts zu tun und kann es auch nicht: Diese Austeritätspolitik verwüstet im Interesse des Kapitals ganze Gesellschaften an der europäischen Peripherie und könnte daher gar nicht konsensual oder gar demokratische durchgesetzt werden. Während das demokratische Prinzip aktuell als nachträgliche Legitimation partikularer, ökonomischer Interessen missbraucht wird oder vollständig aus den politischen Diskursen verschwindet, kehrt dieser Beitrag das eingangs beschriebene Verhältnis von Ökonomie und demokratischer Politik um: Eine normative aufgeladene Vorstellung von Demokratie – die Idee egalitärer Teilhabe aller an der Aushandlung und Bestimmung dessen, was alle betrifft (u.a. Jörke 2010) – dient uns als argumentative Richtschnur, mit Hilfe derer die aktuelle, oligarchische Ordnung kapitalistischer Staatlichkeit kritisiert, zurückgewiesen oder zumindest unter Rechtfertigungsdruck gesetzt wird.

2. Welche Demokratie?

In liberalen, westlichen Demokratien überlappen sich historisch zwei verschiedene Logiken, die gemeinsam jenes „demokratische Paradox“ (Mouffe 2000) konstituieren, das sich zwischen den Polen der Freiheit und Gleichheit aufspannt und bis heute die politischen Auseinandersetzungen über deren adäquates Verhältnis und das jeweilige Verständnis von Demokratie aufspannt: Einerseits existiert ein liberaler Strang, der sich um individuelle Freiheit, Privateigentum, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit konstituiert und das Private vom Allgemein-Öffentlichem getrennt sehen will. Andererseits besteht ein demokratischer Strang, der sich um Gleichheit und Volkssouveränität begrifflich gruppiert. Während die einseitige Betonung liberaler Konzepte auf eine demokratische Minimalvariante hinausläuft, in der Demokratie einzig und allein in der (Ab-)Wahl politischer Eliten bestünde (u.a. Schumpeter 1950), ist es bis heute Kern emanzipatorisch-egalitärer Politiken, die Selbst-Regierung des „Volkes“ auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche auszudehnen: Das „demokratische Versprechen“ (Derrida 2006) nach gleicher Teilhabe am politischen Prozess ist eng verknüpft mit dem Versprechen einer Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse (Jörke 2010): politische Demokratie/Gleichheit verlangt nach einer sozialen Demokratie/Gleichheit. Dieser Einsatz für den egalitären Strang der Demokratie muss daher die liberale Trennung in eine neutrale, öffentliche

Sphäre des Politisch-Staatlichen und eine ökonomische Sphäre des Privaten zurückweisen und die gemeinsamen Arbeits- und (Re-)Produktionsverhältnisse als jene sozialen Orte politisch adressieren, die heute weitgehend abseits demokratischer Ideen organisiert ist.

3. *Ökonomie demokratisieren: Diskussions- und Ansatzpunkte*

In diesem Sinne benennt demokratische Praxis nicht nur den Einspruch gegen politische Strukturen und Entscheidungen, die dem erwähnten „demokratischen Versprechen“ entgegenstehen, sondern immer auch die egalitäre Transformation privatwirtschaftlicher Ökonomie. Ausgehend von diesem breiten und emanzipatorischen Demokratieverständnis diskutiert unser Beitrag nun sich daraus ableitende Möglichkeiten und Fallstricke: Wie kann sich das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung bzw. – Ermächtigung in ökonomische (Re-)Produktion einschreiben? Wie ließen sich kapitalistische Produktionsverhältnisse praktisch demokratisieren?

Für dieses Unterfangen gilt es sich zuallererst einer kapitalistischen Marktlogik, welche das uneingeschränkte Zusammenspiel von ProduzentIn und KonsumentIn innerhalb eines liberalen Rahmens verabsolutiert, ebenso zu entziehen, wie auf Ebene der Wissensproduktion Konzepte der Mainstreamökonomie zurückweisen sind: Dies bedeutet die Wirtschaftswissenschaften – insbesondere die politische Ökonomie – nicht länger als exakte, mathematische Naturwissenschaft, sondern als Sozialwissenschaft, in welcher mehrere Paradigmen nebeneinander bestehen können, anzuerkennen (Rothschild 1954, 2004). Interdisziplinäre Ansätze zwischen der Wirtschafts- und anderer Sozialwissenschaften müssen daher gefördert und neoklassische Bestrebungen, die Ökonomie als in sich abgeschlossenes Wissenschaftsfeld zu profilieren, abgelehnt werden (u.a. Mikl-Horke 2011). Konzepte wie „Homo oeconomicus“, Pareto-Effizienz oder „unsichtbare Hand“ sind dabei nicht nur kritisch zu hinterfragen; es gilt auch deren herrschaftsdienliche – bzw. sichernde Funktion in einer Gesellschaftsformation herauszuarbeiten, die von mehreren Achsen der Ungleichheit (Klasse, Geschlecht, *race*, etc.) konstitutiv durchzogen ist (u.a. Klinger/Knapp/Sauer 2008).

Unserem Beitrag fügt nun den vorhandenen, (wirtschafts-)wissenschaftliche Kritiken an der neoliberalen „pensée unique“ keine weitere hinzu, sondern verlässt eine rein volkswirtschaftliche, begriffliche Problematik: Die Zurückweisung liberaler Dichotomien (Staat-Ökonomie; öffentlich-privat) und ein materialistisches Staatsverständnis (u.a. Poulantzas 2002) ermöglichen uns, konkrete Praktiken der Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse auf verschiedenen sozialen Ebenen und in unterschiedlichen sozialen Räumen ansetzen zu lassen, wobei sich der Bogen dieser Möglichkeiten im Prinzip aufspannt zwischen legislativen Initiativen auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene (demokratische Prinzip der *Volkssouveränität*; 1) bis hin zu (meist lokalen) Versuchen, die die private Aneignung gemeinsam produzierter Güter und Werte radikal in Frage stellen und deren Verteilung, Verfügung und den Zugang dazu egalitär organisieren wollen (Prinzip der *Teilhabe*; 2):

1) Wie in den vergangenen Jahrzehnten eine Globalisierung des Kapitals stattgefunden hat, muss dies auf ArbeitnehmerInnenseite intensiviert werden, um der nationalstaatlichen, rassistischen Standortkonkurrenz organisiert entgegenzutreten. Dies funktioniert nicht ohne eine Demokratisierung internationaler Governancesysteme. Während sich bilaterale, vor allem aber internationale Abkommen demokratischer Kontrolle weitgehend entziehen, gilt es das europäische Parlament, den Europäischen Betriebsrat oder NGO-Zusammenschlüsse zu stärken, um die neokonservative/neoliberale Hegemonie auf europäischer Ebene zu unterminieren. Ebenso muss das demokratische Prinzip der Selbst-Gesetzgebung auf eine Stärkung egalitärer Positionen im österreichischen Parlament hinauslaufen. Dieses ist nicht, wie vielfach eingewendet, machtlos, sondern nach wie vor zentraler Ort, wo die die verschiedensten (Klassen-)Interessen aufeinander prallen. Die Befreiung vom neoliberalen „Notwendigkeitsdenken“ innerhalb des öst. „politischen Feldes“ geht nur Hand in Hand mit zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen und einem langwierigen „Stellungskrieg“

(Gramsci) über die Bedeutung von Begriffen und alternativen Konzepten. Ziel ist es, den Vorrang demokratischer Politik, die *alle* adressiert, gegenüber einer Regierung, die *partikulare* ökonomische Interessen verfolgt, herauszuarbeiten und durchzusetzen; den Vorrang des Wollens vor der vermeintlichen Notwendigkeit.

2) Auf nationalstaatlicher Ebene gilt es die bereits existierenden Einrichtungen (Sozialpartnerschaft, Gewerkschaften, Betriebsräte,...) mit der kämpferischen Forderung nach ökonomischer Mitbestimmung zu durchfluten. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat in diesen Bereichen zu einer eindeutigen Machtverschiebung zugunsten des Kapitals geführt. Hohe Arbeitslosigkeit, Mitgliederrückgang und Skandale schwächten andererseits die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Die meisten im österreichischen Arbeitsverfassungsgesetz festgeschriebenen Mitwirkungsmöglichkeiten sind nicht paritätisch ausgestaltet, sondern beschränken sich oft auf Mitsprache- oder reine Informationsrechte. Demokratische Teilhabe beinhaltet nun aber auch die Verfügung über Investitionen und die Macht über Entscheidungsbefugnisse, was die „alte Frage“ nach dem Privateigentum an Produktionsmitteln auf die demokratische Agenda setzt. Dies bringt uns auf betriebliche Ebene bzw. verweist uns auf die BetriebsrätInnen: Verbesserungen könnten auf dieser Ebene beispielsweise alleine dadurch erreicht werden, dass als Voraussetzung für die Vergabe von Unternehmensförderungen, die Existenz eines Betriebsrates und die Einhaltung von Mindeststandards im Bereich der Arbeitsbedingungen gefordert wird. Hier gilt es eine mobilisierende Programmatik zu entwickeln, die sich den Konkurrenzimperativen verweigert und „wirtschaftsdemokratische“ Konzepte (u.a. Demirović 2007, 2008, 2011; Martens 2010; Meine et al. 2011) andenkt und installiert.

Klar wird, dass eine Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse beides braucht – sowohl veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen (u.a. Lohnarbeitszeitverkürzung) als auch Initiativen, die das Privateigentum an Produktionsmitteln durch andere Organisations- und Eigentumsformen (Genossenschaften, Besetzungen, Vergesellschaftungen) aushöhlen. In diesen Konflikten geht es dabei nicht nur um eine andere (quantitative) Verteilung der gemeinsam hergestellten Güter und Werte, sondern insbesondere auch um die qualitative Veränderung der Art und Weise, wie und wozu etwas hergestellt wird – und *wer* dies tut: Dies betrifft insbesondere das Verhältnis von Produktions- und meist weiblicher, unbezahlter Reproduktionsarbeit. Für dieses Unterfangen wollen wir mit unserem Beitrag demokratiethoretische Klarstellungen treffen und die zitierten wirtschaftsdemokratischen Möglichkeiten daraufhin abklopfen und zur Diskussion stellen, in wie weit diese für die österreichische Situation praktisch adaptiert werden können und unserem Ziel – Demokratisierung ökonomischer Verhältnisse - zuträglich sind.